



SPD BERLIN  
LANDESPARTEITAG 01./02.06.2018

## Antrag 44/III/2016

### Beschluss

Annahme in der Fassung der Antragskommission  
Jusos LDK  
Der Landesparteitag möge beschließen:

### Ein Recht auf Kultur – Kultur für Alle!

Berlin hat eine pulsierende und international geschätzte Kulturlandschaft, welche die vielen, jährlich hierher kommenden Besucher\*innen sowie die hier lebenden Menschen begeistert und die Stadt lebenswert macht. Mehr als 160.000 Beschäftigte wirken in der Kultur- und Kreativwirtschaft, 40.000 professionelle Künstler\*innen arbeiten hier in diversen Kunstprojekten, großen staatlichen Museen, Theatern oder aber in kleinen, unabhängigen Projekten. Das Angebot in Berlin ist groß, die Berliner Kulturlandschaft unkonventionell.

Berlin bietet künstlerische Freiräume, die wichtige Aufgaben für ein solidarisches Miteinander übernehmen. Wir wollen diese Kulturlandschaft erhalten und uns dafür einsetzen, dass weiterhin eine Entwicklung möglich ist, die ein auch kiezspezifisches Angebot ermöglicht und dabei auf ein ausgewogenes kulturelles Angebot achtet.

Deshalb fordern wir:

- die Beibehaltung des kostenfreien Zugangs zu staatlichen Museen, Ausstellungen und öffentlichen Theaterhäusern für Studierende, Schüler\*innen und Transferleistungsempfänger\*innen an mindestens einem Tag in der Woche
- die Förderung kultureller Projekte an Bildungseinrichtungen und den Abbau bürokratischer Hürden bei der Beantragung eben solcher Projekte
- eine langfristige Förderung des Berliner Projektbüros für Diversitätsentwicklung („DIVERSITY. ARTS. CULTURE!“) auch über die Dauer des Koalitionsvertrages hinaus
- in Zusammenarbeit mit Verbänden und Interessensvertretungen die Durchsetzung einer lebenssichernden Mindestvergütung (analog zu den Empfehlungen des LAFT Berlin, den Ausstellungshonoraren des bbk berlin sowie den Forderungen der Koalition der Freien Szene) für alle freischaffenden Künstler\*innen
- einen Haustarif bei allen subventionierten kulturellen Einrichtungen für die dort angestellten Künstler\*innen, der über dem Mindestlohn liegt